

Antrag

der Abgeordneten Ulrike Höfken, Undine Kurth (Quedlinburg), Cornelia Behm, Bärbel Höhn, Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betäubungslose Kastration von Ferkeln beenden – Alternativen fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Kastration von Ferkeln ist gängige Praxis in deutschen und europäischen Schweineställen. Allerdings findet die Kastration ohne Betäubung statt und ist somit für die Tiere mit erheblichen Schmerzen verbunden. In Deutschland, dem größten Schweinefleischproduzenten in Europa, sind jährlich 23 Millionen Ferkel betroffen.

Die Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz und das deutsche Tierschutzgesetz verlangen, dass Tieren ohne vernünftigen Grund keine Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden dürfen. Bislang wird nur über einen Ausnahmetatbestand die Kastration bei Ferkeln ohne Betäubung bis zum siebenten Lebensstag zugelassen. Tierschützer, Tierärzte, Verbraucherschutzorganisationen sowie Verbände, die die artgerechte Tierhaltung unterstützen, protestieren gegen diese Praxis. Nach langer Ablehnung einer Änderung haben sich der Deutsche Bauernverband und die Qualität und Sicherheit GmbH (QS) kürzlich für eine Kompromisslösung ausgesprochen. Danach sollen die Tiere von 2009 an nur noch unter schmerzstillenden Mitteln kastriert werden, bis auf die Ferkelkastration gänzlich verzichtet werden könne. Inzwischen gibt es mit der Kastration unter Betäubung, der Jungschweinemast und der Immunokastration verschiedene tiergerechte Alternativen zum betäubungslosen Kastrieren.

In anderen europäischen Ländern hat dieser Protest bereits zu Konsequenzen geführt. In Norwegen ist das betäubungslose Kastrieren bereits seit 2003 verboten, die Schweiz will in 2010 folgen. In den Niederlanden hat der Lebensmittelhandel beschlossen, ab 2009 kein Fleisch von betäubungslos kastrierten Tieren mehr zu vermarkten. In der EU-Öko-Verordnung wird das betäubungslose Kastrieren ab Ende 2011 verboten.

Die nun vom Deutschen Bauernverband, dem Verband der Fleischwirtschaft und dem Zentralverband des Deutschen Einzelhandels getroffene Vereinbarung, die Ferkelkastration nur noch in Verbindung mit einem schmerzstillenden Mittel durchzuführen, bis Alternativverfahren zur Kastration entwickelt sind, ist ein Schritt in die richtige Richtung, der aber gesetzlich abzusichern ist, um Wettbewerbsverzerrung durch Tierschutzdumping zu verhindern.

Mit einem Auslaufen der Ausnahmegenehmigung für das betäubungslose Kastrieren muss ein klares politisches Signal gesetzt werden, dass diese Methode gesellschaftlich nicht mehr akzeptabel ist und mit Hochdruck an flächen-

deckend einsetzbaren Alternativmethoden gearbeitet werden muss. Gleichzeitig wird der Branche mit einer praktikablen Übergangsfrist die nötige Zeit gegeben werden, alle Alternativen zu testen und umzusetzen.

Die Bundesregierung muss sich außerdem auch auf europäischer Ebene aktiv für die Festsetzung eines endgültigen Verbots des betäubungslosen Kastrierens zum gleichen Datum einsetzen und die Verbraucheraufklärung zum Thema sowie die Beratung der Landwirte fördern. Außerdem ist die Entwicklung der Alternativmethoden und der Züchtungsforschung bei der Zucht von Schweinen ohne Ebergeruch durch entsprechende Förderprogramme zu unterstützen, damit die Kastration zukünftig überflüssig wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Ausnahmeregelung zur Erlaubnis der betäubungslosen Ferkelkastration im Tierschutzgesetz in § 5 Abs. 3 zu streichen und damit die betäubungslose Ferkelkastration bis spätestens zum 31. Dezember 2011 zu beenden;
2. sich auf europäischer Ebene aktiv für ein endgültiges Verbot des betäubungslosen Kastrierens von Ferkeln zum gleichen Datum einzusetzen;
3. die praxistauglichen Alternativen zur betäubungslosen Ferkelkastration schnellstmöglich in der Praxis einzuführen;
4. eine entsprechende Verbraucheraufklärung sowie Beratung der Landwirte zu fördern;
5. die Züchtung und Ressortforschung durch entsprechende Förderprogramme zu unterstützen.

Berlin, den 15. Oktober 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion